

Österreich als Nutzniesser der «Basar-Ökonomie»

Bereits 40 Prozent der kumulierten Exportwerte in Form von Vorleistungen importiert

Von unserem Wirtschaftskorrespondenten in Österreich, Matthäus Kattinger

Dank Osteuropa als «dem China vor der Haustür» treibt Österreichs Industrie die internationale Arbeitsteilung voran. Das hohe Exportwachstum führt trotz geringerem Inlandanteil der Produktion dazu, dass die von den Ausfuhren ausgelöste Wertschöpfung in Österreich steigt.

Wien, Anfang Oktober

Der Begriff der «Basar-Ökonomie» wird speziell in den Industriestaaten kontrovers diskutiert. Sehen Unternehmen den Bezug von preisgünstigen Vorleistungen als Segen, sprechen Arbeitnehmervertreter vom Fluch der steigenden Auslagerung von Arbeitsplätzen, malen gar die Deindustrialisierung an die Wand. Doch immer öfter können ganze Produktionen in den Industriestaaten überhaupt nur dank einem steigenden Anteil an preisgünstigen Vorleistungen erhalten werden, sichert die Auslagerung also erst die Arbeitsplätze im Westen, schafft sehr oft sogar zusätzliche neue. Das ist wohl auch der Punkt, an dem sich entscheidet, ob eine «Basar-Ökonomie» als Fluch oder als Segen für eine Volkswirtschaft wahrgenommen wird.

Angst vor Deindustrialisierung

Geprägt hat den Namen «Basar-Ökonomie» der Präsident des Münchner Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung, Hans Werner Sinn. Gemäss seiner These mutiert die deutsche Wirtschaft von einer Industrieökonomie zu einer Volkswirtschaft, in der zwar Güter ausländischer Herkunft vertrieben, aber immer weniger Güter selbst hergestellt werden. Dadurch werde der Anteil der deutschen Wertschöpfung der Industrie sinken, die Deindustrialisierung Deutschlands schreite voran – mit allen Konsequenzen für Standort und Beschäftigung. Dem widersprach unter anderem das Berliner DIW («Basar-Ökonomie kann Arbeitsplätze sichern»), wogegen der Sachverständigenrat eher differenziert argumentierte; so deutet der Rückgang der exportinduzierten Beschäftigung in zwölf Bereichen des verarbeitenden Gewerbes darauf hin, dass die negativen Beschäftigungseffekte der gestiegenen Bezüge von ausländischen Vorleistungen die möglichen positiven Beschäftigungseffekte der gestiegenen Exporte überkompensierten.¹

Nun wäre es vermessen, das klassische Industrieland Deutschland mit Österreich, dem «Spezialisten für mittlere Technologie», zu vergleichen; doch was das Ausmass des Imports von Vorleistungen für die Exportwirtschaft angeht, liegen Österreich und Deutschland ziemlich gleichauf. Laut einer Studie² des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (Wifo) ist die österreichische Wertschöpfung aus den Ausfuhren von 68% des Exportwertes im Jahr 1995 auf rund 60% im Jahr 2003 gesunken. Österreich zeigt demnach

¹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2004/05, Ziffern 460 bis 468 sowie Anhang.

² Oliver Fritz u. a.: Exports, Services and Value Added. A National, International and Regional Analysis for Austria; Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft, FIW-Studie Nr. 8, 93 Seiten, kostenloser Download unter www.fiw.ac.at.



In der österreichischen Industrie werden immer mehr Vorleistungen aus dem Ausland bezogen.

BRENDAN CORR / PANOS

typische Merkmale einer «Basar-Ökonomie», in der handels- und unternehmensbezogene Dienstleistungen an Bedeutung gewinnen, die Sachgüterproduktion hingegen zunehmend importierte Güter einsetzt. Die Importe nehmen zulasten der heimischen Wertschöpfung zu, dagegen sinken Fertigungstiefe und die Netto-Investitionsquote – wie auch die Wertschöpfungsintensität der heimischen Exporte. Dafür sorgt neben dem Anteil der importierten Vorleistungen auch die starke Zunahme der Reexporte, also jener Importe, die nicht zur Weiterverarbeitung, sondern direkt für den Weiterexport bestimmt sind. Ihr Anteil an den gesamten Güterexporten ist von 3% im Jahr 1995 auf 11% im Jahr 2003 gestiegen. Gerade die Reexporte sind für eine «Basar-Ökonomie» typisch.

Im Unterschied zu den mehrheitlich skeptischen Stimmen in Deutschland gibt es laut Wifo keine Anzeichen dafür, dass Österreichs Wirtschaft unter der «Basar-Ökonomie» leidet. Das Exportwachstum der letzten Jahre sei hoch genug gewesen, um die Verringerung der Wertschöpfungsintensität der Exporte zu kompensieren, so dass der Anteil der am Export hängenden Wertschöpfung am BIP sogar zunahm. Zudem drehte sich in den letzten Jahren das traditionelle Han-

delsbilanzdefizit Österreichs in einen Überschuss. Allerdings räumen die Autoren ein, dass durch den Exporte tendenziell immer weniger Arbeitsplätze geschaffen würden: Einer annähernden Verdoppelung der (nominellen) Güterexporte zwischen 1995 und 2003 stehe eine Steigerung der exportinduzierten Beschäftigung um nur rund 21% im selben Zeitraum gegenüber.

Dienstleistungen als Schlüssel

Die Nutzenanwendung für die Wirtschaftspolitik lautet demnach, dass künftig ein höheres Exportwachstum notwendig ist, um Einkommens- und Beschäftigungszuwächse im Inland zu stützen. Einen möglichen Ausweg weist die Entwicklung der Wertschöpfungsintensität der nichttouristischen Dienstleistungen, die zwischen 1995 und 2003 von 17% des Exportwertes auf 20% gestiegen sind. Setzt sich der Trend zum Dienstleistungsexport und zum verstärkten Einsatz von Dienstleistungen in der exportorientierten Sachgüterproduktion fort, so könnte die Erosion der exportbedingten heimischen Wertschöpfung aufgehalten werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Exportwirtschaft wird in Zukunft stärker von der Verfügbarkeit hochqualitativer Dienst-

leistungen abhängen. Bleibt die Frage, ob westliche Industrieländer wirtschaftspolitisch vorgehen können, damit der Segen der internationalen Arbeitsteilung nicht zum Fluch der Deindustrialisierung wird. Gemäss der «Basar-Hypothese» ziehen sich die Industrieländer immer stärker aus Produktionsaktivitäten zurück, die in Niedriglohnländern verlagert werden, und konzentrieren sich zunehmend auf Handelstätigkeiten und andere unternehmensbezogene Dienstleistungen. Hier differiert die Einschätzung der Wifo-Autoren etwa mit jener von Ifo-Präsident Sinn. Dieser hatte davor gewarnt, dass bei zu starren Lohnstrukturen in den Industrieländern in der Produktion unweigerlich Arbeitsplatzverluste zu erwarten wären, die durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten in den Dienstleistungssektoren nur teilweise kompensiert würden, so dass die Arbeitslosigkeit in Summe zunehme. Dem hält die Wifo-Studie mit Rückgriff auf die österreichischen Erfahrungen entgegen, dass die Auslagerung von Produktionsteilen Produktivitätsgewinne und damit eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bewirken könne – eine These, die vom starken Exportwachstum Österreichs untermauert wird.

Wenig wirkungsvolle Waffen für Bulgariens Geldpolitik

Die Finanzkrise und die Inflation als Testfall für das Currency Board

Bulgarien ist angesichts seiner aussenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in besonderem Masse vom steten Zufluss ausländischer Gelder abhängig. Die derzeitige Finanzkrise stellt die Widerstandskraft des Landes auf die Probe, zumal der geldpolitische Handlungsspielraum durch das 1997 eingeführte Currency-Board-System stark eingeschränkt ist.

Wien, Mitte Oktober

Als ein Land mit hohem Leistungsbilanzdefizit gilt Bulgarien als besonders verletzlich gegenüber einem plötzlichen Stimmungsumschwung ausländischer Investoren. Dennoch ist es bisher in der bulgarischen Finanzwelt zu keinen gefährlichen Verwerfungen gekommen. Zwar sind auch in Sofia die Börsen eingebrochen, zumal «Emerging Europe» derzeit bei ausländischen Anlegern nicht besonders hoch im Kurs steht. Die heimischen Banken bleiben mit einer Eigenkapitaldecke von knapp 15% aber solid kapitalisiert, und vom Kreditmarkt sind keine Funktionsstörungen zu vernehmen. Noch immer profitiert Bulgarien von der stimulierenden Wirkung des EU-Beitritts per Anfang 2007, und das reale Wachstum lag im zweiten Kalenderquartal mit 7,1% auf dem höchsten Niveau seit drei Jahren.

Hohes Leistungsbilanzdefizit

Der Rückgang ausländischer Direktinvestitionen und die Wachstumsabschwächung der EU, die 60% der bulgarischen Exporte aufnimmt, werden

Bulgariens Wirtschaft aber zweifellos abkühlen, und das von der Zentralbank definierte Wachstumsziel von 6,5% für 2008 mutet derzeit recht ambitiös an. Dennoch erscheint das Szenario einer Rezession als unwahrscheinlich. Angesichts eines Wohlstandsniveaus, das nach Massgabe des Bruttoinlandprodukts (BIP) pro Kopf nur 37% des EU-Durchschnittes ausmacht, stellt der Konvergenzprozess des 7,6 Mio. Einwohner zählenden Landes weiterhin eine starke Kraft dar, wie die hohen Investitionen, die rege Bautätigkeit und die starke Binnennachfrage zeigen. Zu den Haupt Sorgen des Landes zählte bis vor kurzem denn auch vorab der Mangel an Fachkräften, zumal die landesweit bei 5,8% liegende Arbeitslosenquote in den Ballungsräumen schon nahe ihrer «natürlichen» Rate zu stehen kommt.

Im turbulenten Umfeld dieser Tage rufen sich aber zusehends Bulgariens aussenwirtschaftliche Ungleichgewichte in Erinnerung, zumal das Defizit der Leistungsbilanz auch 2008 erneut über 20% des BIP liegen dürfte. Zu erklären ist der hohe Fehlbetrag mit der schiefen Handelsbilanz, zumal die Exporte nicht mithalten vermögen mit den boomenden Importen – eine Entwicklung, die durch die hohen Energiepreise noch akzentuiert wird. Zwar ist ein Grossteil der Importe auf Rohmaterialien und Investitionsgüter zurückzuführen, was eine produktive Verwendung der Einfuhren erwarten lässt. Tatsache ist aber auch, dass die ausländischen Direktinvestitionen wegen des sich abkühlenden Immobilienmarktes stetig zurückgehen; deren Beitrag zur Deckung des Leistungsbilanzdefizits ist von 85% im ersten Semester 2007 auf 52% im ersten Semester 2008 gesunken. Dabei

wäre eine solide Deckung des Defizits selten wichtiger gewesen als jetzt.

Sorgen bereitet ausserdem die Inflation – das Haupthindernis für die von Politikern aller Lager «so rasch wie möglich» angestrebte Übernahme des Euro. Das für die Einführung der neuen Währung ursprünglich anvisierte Datum 2010 ist längst illusorisch geworden, wenngleich die bulgarische Notenbank mit Verweis auf die im Vorjahresvergleich weit besseren Ernteergebnisse einen Rückgang der Inflation von derzeit 11,2% (August) auf einen einstelligen Prozentwert per Ende Jahr prognostiziert.

Bulgariens Währungshüter befinden sich in einer schwierigen Lage. So sind ihnen sowohl beim Kampf gegen die Inflation als auch bei allenfalls nötig werdenden Massnahmen zur Stärkung des Finanzsystems die Hände gebunden. Grund ist das Mitte 1997 inmitten einer schweren Hyperinflation installierte Currency-Board-System, das den Wechselkurs gegenüber dem Euro fixiert und so eine eigenständige Geldpolitik de facto verunmöglicht, zumal die Geldmenge über einen Automatismus an die Höhe der Währungsreserven gebunden ist. Von den traditionellen geldpolitischen Instrumenten steht Bulgariens Zentralbank denn auch nur die Mindestreservepolitik offen.

Dicke Puffer

Trotz beschränktem Arsenal an Interventionsmöglichkeiten: Am Currency Board wird nicht gerüttelt. Mehr noch, das zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds implementierte System wird in Bulgarien weit strenger interpretiert als andernorts. Verlangt ein Currency Board zumeist eine 100%ige Deckung der monetären Basis (also der von der Zentralbank in Umlauf gebrachten Geldmenge) durch Fremdwährungsreserven, liegt der Prozentsatz in Bulgarien weit höher; laut Raiffeisen Research spiegeln die Devisenreserven im Juli 188% der monetären Basis. Auch der in heimischer Währung denominated Teil des Geldmengenaggregats M2 ist im Falle Bulgariens zu 99% durch Fremdwährungsreserven gedeckt. Dies bedeutet, dass selbst im hypothetischen Fall, dass plötzlich der gesamte Bargeldumlauf und alle bei den Banken hinterlegten Sichteinlagen panikartig in Euro umgetauscht würden, die Reserven noch immer ausreichend wären. Der Puffer gegenüber Krisen wurde nach der Zäsur von 1997 dick ausstaffiert.

Angesichts des Fehlens einer wirkungsvollen Geldpolitik kommt Bulgariens Fiskalpolitik eine besondere Bedeutung zu, etwa zur Drosselung der hohen Binnennachfrage. In der Tat zielt die staatliche Ausgabenpolitik seit Jahren auf eine Abschwächung des inflationären Drucks und des Leistungsbilanzdefizits. Dank disziplinierter Finanzpolitik schloss der staatliche Haushalt 2007 mit einem Überschuss von 3,7% des BIP, und für 2008 wird ein positiver Saldo von 3% erwartet. Die seit Jahren sehr restriktive Haushaltspolitik hat zur Folge, dass auch die öffentliche Verschuldung kontinuierlich sinkt, und zwar von 38% des BIP im Jahr 2004 auf derzeit noch knapp 16%. Die Erfolge der bulgarischen Stabilitätspolitik können sich somit sehen lassen. Ob sie ausreichen werden, das Land in der derzeitigen Finanzkrise einigermassen schadlos zu halten, bleibt offen.